Polaer Tagblatt

[illegible] täglich 5 Uhr früh in eigener Verlagsbuchdruckerei Dr. M. Krmpotić & Co. [illegible]straße 20. Für die Redaktion und Druckerei verantwortlich: Hans Forbek.

Herausgeber: Redakteur Hugo Dudek. Fernsprecher Nr. 58.

Pola, Montag, 18. Februar 1918.

14. Jahrgang. – Nr. 4145

Die Redaktion (Sprechstunden [illegible]) [illegible] Nr. 1 Stock.

Bezugsgebühr: Ganzjährig K 30 [illegible] monatlich K [illegible]. Anzeigenpreise: [illegible] Raum [illegible] ein Wort 10 h, in Fettdruck 15 h. Reklamationen [illegible] und Anzeigen im Textteile 60 h für eine [illegible].

Einzelpreis 12 Heller.

Generalstabsberichte.

Wien, 17. Februar. (KB.) Amtlich wird verlautbart: Keine besonderen Ereignisse. — Der Chef des Generalstabes.

Berlin, 17. Februar. (KB. — Wolffbureau.) Aus dem Großen Hauptquartier wird amtlich gemeldet: Westlicher Kriegsschauplatz: Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: [illegible] Flandern und im Artois mehrfacher und lebhafter Feuerkampf. In kleineren Infanteriegefechten bei Cerisy und [illegible] von Marcoing wurden Gefangene eingebracht. — Heeresgruppen deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht: [illegible] Lothringen und Ripont, auf dem östlichen Maasufer und [illegible] Saudgau zeitweise erhöhte Gefechtstätigkeit. — Unsere Flieger haben in der letzten Nacht London, Dover, Dünkirchen, sowie die feindlichen Seestreitkräfte an der französischen Nordküste mit Bomben angegriffen. — Oestlicher Kriegsschauplatz (großrussische Front): Der Waffenstillstand läuft am 18. Februar 1918 um 12 Uhr mittags ab. — Sonst nichts Neues. — Der Erste Generalquartiermeister v. Ludendorff.

Konstantinopel, 16. Februar. (KB. — ATM.) Das Hauptquartier teilt mit: Keine besonderen Ereignisse.

Sofia, 16. Februar. (KB. — ATB.) Der Generalstab teilt mit: Oestlich des Ochridasees wurde eine französische Erkundungsabteilung verjagt. In der Gegend von Vitolia und in der Nähe der östlichen Cerna lebhaftes Artilleriefeuer. Westlich vom Vardar führten wir mehrere gelungene Feuerangriffe aus.

Drahtnachrichten.

Zum Waffenstillstand mit Rußland.

Berlin, 16. Februar. (KB.) In einer Zuschrift an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wird die Frage, wann der Waffenstillstand an der Ostfront beendet ist, wiefolgt beantwortet: Man könnte sagen, daß Trotzki mit seiner Erklärung Deutschland vollkommen freie Hand gegeben hat, so daß es alle Rechte auf den unbeschränkten Kriegszustand wieder ausüben kann, wie denn auch Trotzki selbst sich nicht mehr an die Bedingungen des Waffenstillstandes hält. Will man aber eine siebentägige Frist zugute kommen lassen, so ist der Waffenstillstand vom 15. Dezember 1917 spätestens mit dem 17. Februar 1918 auf Grund der Erklärung Trotzkis vom 10. Februar abgelaufen.

Berlin, 16. Februar. (KB.) Die „Neuesten Nachrichten" schreiben: Die Entscheidung über unsere nächsten Schritte ist, wie es heißt, im Hauptquartier schon gefallen. Möge sie die Not deutscher Leben jenseits unserer bisherigen Ostfront und die Hinterlist der Russen berücksichtigt haben, nichts ist dringender, als sofortiges Handeln.

Berlin, 16. Februar. (KB.) In einer amtlichen Mitteilung stellt die kaiserliche Regierung fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstillstand tatsächlich kündigte. Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen siebentägigen Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.

Die Esthen bitten um deutsche Hilfe.

Berlin, 16. Februar. (KB.) Die bevollmächtigten Vertreter der estnischen Kleingrundbesitzer der Kreise von Dorpat, Fallen und Pernau und des Dorpater Hausbesitzervereines trafen in Danzig ein und ersuchten die deutsche Regierung namens aller esthnischen Kleingrundbesitzer nördlich Livland um Hilfe gegen die Schreckensherrschaft der Maximalisten und um sofortige Besetzung des Landes durch das deutsche Heer. Ebenso entsendeten die Hapsaler Deutschen und die deutschfreundlichen Esthen gestern Abgesandte an die deutsche Heeresleitung mit der Bitte um schnellste Besetzung des Landes.

Ein Unterseebootsangriff auf Dover.

London, 16. Februar. (KB.) (Amtlich.) Ein feindliches Unterseeboot eröffnete am 12. d. morgens das Feuer auf Dover, wobei ein Kind getötet, drei Männer, eine Frau und drei Kinder verwundet wurden. Einige Häuser wurden beschädigt.

Hiezu bemerkt das Wolffbureau: Zuständigenamts ist hierüber nichts bekannt.

Graf Czernin — Generalmajor.

Wien, 17. Februar. (KB.) Die „Wiener Zeitung" und das Budapester Amtsblatt veröffentlichen ein Allerhöchstes Handschreiben, worin der Kaiser den Wunsch mitteilt, das Verhältnis zwischen der Wehrmacht und dem Grafen Czernin, der, gestützt auf die Tüchtigkeit der Armee, den ersten Grundstein zum allgemeinen Frieden gelegt, noch inniger als bisher zu gestalten und den Grafen Czernin in neuerlicher Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste zum Generalmajor a. D. ernennt.

Asquith und Lloyd George.

Rotterdam, 15. Februar. (KB.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt aus London: „Daily News" melden aus Newyork folgendes über die diplomatische Lage: Die ganze Presse sieht ein, daß Asquith Wilson unterstützt, während Lloyd George nicht mit Wilson einig ist. Dies wird von den Blättern höflich, aber kurz und deutlich ausgesprochen. Dieser Stand der Dinge hätte besonders jetzt, kurz bevor der englische Generalanwalt die Vereinigten Staaten besucht von der englischen Diplomatie verhindert werden müssen. Washington ist tatsächlich seit längerer Zeit ohne englischen Botschafter gewesen. Lord Reading wird dort viel aufzuklären haben. Was augenblicklich auf dem Spiele steht, ist nichts geringeres als die Fortdauer der durch die Vorsehung zustande gebrachten Einigung der ganzen englisch sprechenden Welt im Interesse der Freiheit.

Rücktritt des Generalstabschefs Robertson.

London, 16. Februar. (KB.) (Amtlich.) Der Generalstabschef Robertson ist zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger als Chef des Generalstabes wurde Henry Wilson ernannt.

Die Azoren.

Berlin, 16. Februar. (KB.) Das „Comercio do Porto" meldet unter dem 2. d., daß die Vereinigten Staaten die portugiesische Regierung um die Erlaubnis ersucht haben, zur Errichtung eines Stützpunktes 1000 Marinesoldaten auf den Azoren zu landen. Die Vereinigten Staaten, die bereits Artillerie zur Befestigung der Azoren gesandet haben, stellen auch einige Flugzeuge und Unterseeboote für die Azoren und für Madeira zur Verfügung.

Ungarn.

Budapest, 16. Februar. (KB.) (Abgeordnetenhaus.) Zu Beginn der Sitzung hält Präsident v. Szász dem verstorbenen Grafen Khuen-Hedervary einen tiefempfundenen Nachruf. Er teilt mit, daß an seiner Stelle in die Delegation als Ersatzmann Abg. Zoltan Vermes eintritt.

Der Finanzminister unterbreitet hierauf ein zweimonatiges Budgetprovisorium. Die Vorlage wird dem Finanzausschusse zugewiesen, mit der Weisung, in der nächsten Sitzung hierüber Bericht zu erstatten.

Abg. Zoltan Hindy (Arbeitspartei) unterbreitete eine dringliche Interpellation in der Angelegenheit der Militärdienstleistungen von Hochschülern.

Honvedminister v. Szurmay erklärt, es handle sich um eine provisorische Verfügung für das laufende Schuljahr, die den Universitätshörern die weitestgehenden Begünstigungen sichere.

Die Antwort des Ministers wird zur Kenntnis genommen und die Sitzung hierauf geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag.

Deutschland.

Berlin, 16. Februar. (KB.) Anläßlich der bevorstehenden Tagung des Reichstages haben gestern die Besprechungen zwischen dem Vizekanzler v. Payer und den Vertretern der Parteien begonnen. Die Verhandlungen, die den Verlauf der Plenarsitzung und die diplomatische Lage zum Gegenstande haben, werden, dem „Lokalanzeiger" zufolge, vom Vizekanzler v. Payer mit den verschiedenen Fraktionen getrennt geführt.

England.

Rotterdam, 15. Februar. (KB.) „Maasbode" betrachtet die schwüle Stimmung, die in den politischen Kreisen Englands zu herrschen scheint, als eine Rückwirkung der Friedenspolitik des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußeren Grafen Czernin.

Finnland.

Stockholm, 15. Februar. (KB.) Die Berichte der letzten Tage aus Finnland halten die Lage der Regierungstruppen für günstig, insbesondere in Nordfinnland, so daß der Postverkehr mit Schweden, bzw. mit Rußland wieder aufgenommen wurde.

Amerika.

Newyork, 14. Februar. (KB. — Reuterbureau.) Die zehntägige Frist für die Einschreibung der Männer des feindlichen Auslandes ist abgelaufen. Insgesamt wurden allein in der Stadt Newyork 39.596 Personen registriert. Das Ergebnis der Eintragungen aus anderen Städten liegt noch nicht vor. Beamte der Vereinigten Staaten sind heute unterwegs, um solche Personen ausfindig zu machen, die in das Verzeichnis fallen.

Washington, 14. Februar. (KB. — Reuter.) Schatzsekretär Mac Adoo beantragte, Italien einen weiteren Kredit in der Höhe von 100 Millionen Dollar zu gewähren, so daß die Gesamtanleihen an dieses Land den Betrag von 550 Millionen Dollar ausmachen. Die Gesamthöhe der amerikanischen Anleihen an die Alliierten betragen jetzt 4.734.400.000 Dollar.

Washington, 15. Februar. (KB. — Reuter.) Präsident Wilson hat durch eine Bekanntmachung verfügt, daß alle Ein- und Ausfuhren aus allen Ländern vom 16. d. ab der Erlaubnis des Kriegs- und des Handelsamtes bedürfen.

Spanien.

Madrid, 16. Februar. (KB.) Bei Barcelona fand ein Schnellzug mit einem Güterzug zusammen. Es gab 12 Tote und zahlreiche Verletzte.

Zur innerpolitischen Lage.

Von parlamentarischer Seite wird der „Informazione" geschrieben:

Offenkundig ist, daß aus der Krise des Kabinettes Seidler eine Krise des Parlamentes sich herauskristallisiert. Nicht handelt es sich um eine Systemänderung in der Regierung, um die Auswechslung gewisser Minister, diesmal geht es ums Ganze, um unseren notdürftig hergestellten Parlamentarismus, um die Konstitution. Aus krassem Egoismus, vielleicht auch nur aus gekränkter Eitelkeit, gegen die Polen daran, das Parlament zu zertrümmern, um gemeinsam mit den Feinden der Monarchie die Axt anzulegen, um ein mit schwerer Mühe aufgezogenes und nur schwer keimendes Pflänzchen, um es so unsagbar mühevoll wieder errichteten Parlamentarismus, zu fällen.

Durch die schroffe Absage der Polen ist es unmöglich, daß Ritter v. Seidler eine Majorität findet. Es wäre denn, daß die deutschen Sozialdemokraten sich entschließen würden, für das Budget zu stimmen. Eine bloße Absentierung von der Abstimmung würde nicht genügen. Wie wir erfahren, wird Dr. v. Seidler an einem der nächsten Tage die Besprechungen mit den deutschen Sozialdemokraten aufnehmen. Merkwürdig ist es, daß diese bis zum heutigen Tage eisiges Schweigen bewahren und auch im persönlichen Kontakte sehr ausweichende Antworten geben. Erfahrene alte Parlamentarier wollen in dieser Tatsache ein gutes Omen erblicken. Allgemein verhehlt man sich nicht, daß bei den Verhandlungen sowohl die Regierung, wie auch die Sozialdemokraten einen sehr schweren Stand haben werden, und daß beiderseits eine sehr große staatsmännische Einsicht am Platze wird sein müssen, um eine gemeinsame Plattform zu finden.

Die Arbeitermassen sind heute radikal wie noch nie. Der Streik hat es bewiesen. Mit größter Mühe nur konnte die Parteileitung die Streikleitung in die Hände bekommen. Anderseits handelt es sich aber bei der gegenwärtigen Krise nicht um ein persönliches Moment, sondern um ein rein staatliches Moment, um die verfassungsmäßigen Zustände, an denen in erster Reihe die Arbeiterschaft das größte Interesse haben muß. Die Verfassung zu erhalten, ist deshalb heute in erster Linie die Aufgabe der Sozialdemokratie. Die Arbeiterschaft weiß heute zu genau, wie tief einschneidend eine Paragraph-14-Wirtschaft in die Lebens- und namentlich in die Arbeitsbedingnisse der Arbeiterschaft wirken müßte. Diese tatsächliche Erkenntnis würde ein positives Verhalten der Sozialdemokratie zur Regierung erleichtern. Eine Paragraph-14-Wirtschaft mit einer neuerlichen Militarisierung der Betriebe, einer allfälligen neuen Ausnahmsgerichtsbarkeit, der Militärjustiz usw. würde in erster Linie die Arbeiter treffen. Das zu vermeiden, liegt in der Hand der sozialdemokratischen Führer.

Was nun die Regierung anlangt, müßte sie den Sozialdemokraten soziale wie auch politische Zugeständnisse machen. Es dürfte sich vor allem um soziale Zugeständnisse handeln, die bei anderen politischen Parteien keine oder keine großen Bedenken erregen würden. Eine Revolisierung der den Arbeitern anläßlich des Streiks gemachten politischen Zugeständnisse dürften selbst die Sozialdemokraten im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo die künftigen Verfassungsverhältnisse so ungeklärt sind, als inopportun halten. Es ist also ersichtlich, daß bei gutem Willen auf beiden Seiten eine im Staatsinteresse gelegene Einigung möglich ist. Und diese Einigung ist zu erhoffen und um so mehr zu erwarten, da die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs in letzter Zeit sich als eine oft gouvernementale Partei erwies, die im Begriffe steht, mit doktrinären Ueberlieferungen zu brechen und trachtet, das gegebene Mögliche ihres Programmes auf ruhigem parlamentarischen Boden zu erreichen.

Würde es der Regierung nicht gelingen, die Sozialdemokraten zur Mehrheit zu bringen, bliebe ihr selbstverständlich nichts anderes übrig, als mit Hilfe des Paragr. 14 dem Staate das zu geben, was er zum Leben braucht. Die Regierung hat die Möglichkeit der Auflösung des Hauses und der Neuwahlen oder die zeitweise Sistierung der Tagung, den Sessionsschluß. Bei der Lage der Dinge dürfte die Regierung vom Sessionsschluß Gebrauch machen, um nach Ablauf einer kürzeren oder längeren Frist das Abgeordnetenhaus wieder einzuberufen. Allerdings müßte in diesem Falle die Regierung früher oder später demissionieren. Die Auflösung des Hauses und Neuwahlen sind inopportun; denn durch Neuwahlen erhielte das Abgeordnetenhaus nur noch ein radikaleres Gesicht. Ohne Zweifel würden die deutschen bürgerlichen Parteien so manches Mandat an die Sozialdemokraten verlieren, während die Tschechen, Polen und Slowenen nur noch radikaler auftreten würden. Bei den Tschechen und Slowenen würden nach Neuwahlen ihre Zeichen des Bürgertums noch

ziehen, bei den Polen würde es zu einem offenen Kampfe zwischen den Anhängern der austropolnischen Lösung der polnischen Frage und der rein selbständig-staatlichen Lösung kommen. Bei der bekannten Stimmung der polnischen „Volksseele" kann schon heute ein Ausgang nicht zweifelhaft sein.

So stellt sich die Situation heute mit ihren logischen Möglichkeiten dar. Oesterreich ist aber das Land der politischen Unmöglichkeiten und daher nicht ausgeschlossen, daß über Nacht die innerpolitische Lage Oesterreichs eine ganz radikale Aenderung erfahren kann.

Verschiedene Nachrichten.

Eine Zinsfußerhöhung der Banken. Unmittelbar nachdem es bekannt geworden ist, daß der Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank die Ausgabe von verzinslichen Kassenscheinen beschlossen habe, traten die Vertreter der Wiener Banken zu einer Beratung zusammen, bei der es sich darum gehandelt hat, die Rückwirkung der Maßnahme des Noteninstitutes auf das Einlagegeschäft der privaten Institute zu besprechen. Die Diskussion führte damals zu keiner Entscheidung. Man einigte sich dahin, abzuwarten, unter welchen Bedingungen die Kassenscheine der Oesterreichisch-ungarischen Bank zur Begebung gelangen werden, hauptsächlich mit welchem Zinssatz diese Scheine ausgestattet sein werden. Sollte, wie es nunmehr heißt, der Zinssatz von 3,6 Prozent für die Kassenscheine stipuliert werden, so würden die Privatbanken nicht zögern, den Zinssatz im Einlagengeschäfte, der gegenwärtig 3,5 bis 3,75 Prozent beträgt, auf 4 Prozent hinaufzuziehen. Für die Verbreitung der Kassenscheine der Oesterreichisch-ungarischen Bank wird übrigens auch die Höhe des Nominalbetrages wichtig sein. Bleibt es dabei, daß nur Kassenscheine, die auf 10.000 Kronen lauten, hinausgegeben werden sollen, so wären diese Scheine für die Privatbanken keine bedrohliche Konkurrenz. Unangenehm würden sie nur werden, wenn auch Appoints zu 1000 Kronen geschaffen würden, die verhältnismäßig rasch ins Publikum gelangen würden. Der Generalrat der Oesterreichisch-ungarischen Bank wird in der nächsten Woche über die Ausstattung der Kassenscheine Beschlüsse fassen. („Information.")

Südbahn. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Südbahn sind vor einiger Zeit in den wichtigsten Punkten zu einem Resultat gelangt. Gegenwärtig handelt es sich noch um die Feststellung der Militärtaxe. Angesichts der großen Militärtransporte, welche die Südbahn in den letzten Jahren zu bewältigen hatte, ist dieser Faktor von Wichtigkeit für die finanzielle Lage des Unternehmens. Seitens der in Betracht kommenden Behörden wird anerkannt, welche abnormen Leistungen die Südbahn vollbracht hat, ebenso wie zugestanden wird, daß es hauptsächlich den enormen Anforderungen zuzuschreiben war, wenn der Bahnkörper und die Bahnbetriebsmittel so stark in Anspruch genommen worden sind, daß die Investitionen einen außergewöhnlichen Umfang angenommen haben. Ernstliche Schwierigkeiten werden sich bei den weiteren Verhandlungen der Südbahn mit den Ressortministerien kaum mehr ergeben. („Information.")

Die russischen Staatsanleihen in Deutschland. Nach einer Mitteilung des Wolffbureaus wurde im Einvernehmen mit der deutschen Regierung der vielfach erörterte Gedanke der Begründung einer Schutzvereinigung der russischen Staatsgläubiger in Deutschland fallen gelassen, wobei die Erwägung ausschlaggebend war, daß der Gesamtbetrag der russischen Werte, die in Frage kommen, und ihre Zusammensetzung der deutschen Regierung durch die auf Grund der Verordnung vom 23. August 1916 vorgenommene Anmeldung ausländischer Wertpapiere genau bekannt ist, und daß ferner der russischen Regierung gegenüber die Vertretung dieser Interessen wie diejenige der deutschen Interessen überhaupt bei den zuständigen deutschen Behörden liegt. Von diesen sind nun die Bankhäuser und Banken, welche die Anleihen in Deutschland emittiert hatten, ohne weiteres als zur Wahrung der Rechte der Alleininhaber legitimiert angesehen worden. Unter diesen Umständen wäre die Gründung einer Schutzvereinigung nur eine Scheinmaßregel. Sollte die Gründung einer Schutzvereinigung später einmal tatsächlich vorteilhaft erscheinen, so werde keinen Augenblick gezögert werden, sie ins Leben zu rufen. („Information.")

Der deutsch-russische Aalandsvertrag. Zur Veröffentlichung Trotzkis über den deutsch-russischen Aalandsvertrag 1908 und die Erklärung des deutschen Gesandten in dieser Angelegenheit schreibt „Nya Dagligt Allehanda": Als Norwegen seine außenpolitische Tätigkeit damit eröffnete, daß es die Garantien der Großmächte für sein Dasein verlangte, glaubte Rußland, dessen Außenpolitik damals von dem großen Intriganten Iswolski geleitet wurde, der Augenblick sei gekommen, zu gleicher Zeit das unangenehme Aalands-Servitut loszuwerden. Die Stunde war insofern von Rußland klug gewählt, als auf das Interesse Frankreichs und Englands gerechnet werden konnte, ihm einen Dienst damit zu tun, der diesen Ländern selbst wenig kostete. Wie aber ist Deutschlands Stellungnahme zu erklären? Deutschland begrüßte sicher die Gelegenheit, jeden Grund zu einer Einmischung Englands in die Fragen der Ostseestaaten zu beseitigen. Das war vom deutschen Standpunkt aus nicht unklug, denn nach dem Kriege mit Japan und der drohenden Revolution in Rußland rechnete man in Berlin mit dem Beginn des russischen Zusammenfalles. Sämtliche Großmächte zeigten sich Iswolskis Wünschen gegenüber, wenn auch aus verschiedenen Gründen entgegenkommend. Von Schweden war anfangs gar nicht die Rede, später aber erhielt das damalige Ministerium Lindmono, natürlich in erster Linie der Minister des Äußern Trolle, vom Reichstag einstimmig Beistand zu der Aktion, um Iswolskis Pläne zu durchkreuzen. Hierauf unterstützte Deutschland den schwedischen Minister des Äußern in seiner Politik, die sich darauf beschränkte, die Servitutsfrage außerhalb des Ostseevertrages von 1908 zu halten und dadurch den Fortbestand des Servitutes zu erreichen. Schließlich gingen auch die anderen Großmächte, sogar Rußland, hierauf ein. Die Wahrheit ist also, daß Deutschland anfangs nur an ein eigenes naheliegendes Interesse dachte, das darin bestand, die englische Einmischung fernzuhalten. Sein vitales Interesse an der Aalandsfrage erklärt sich in freundschaftlicher Weise. Wir können also nicht verstehen, wieso die Angelegenheit einen berechtigten Grund verleiht, gegen Deutschland zu hetzen."

Vom Tage.

Marinekasino. Dienstag, den 19. d., findet im Marinekasino ein Konzert der k. u. k. Marinemusik unter Leitung des k. u. k. Marinekapellmeisters Theodor Christoph statt. Mitwirkend Fräulein Hanne Linsbauer, Klaviervirtuosin aus Wien. Beginn 7 Uhr 30 Minuten. Näheres am Anschlage im Marinekasino.

Kriegshilfskomitee. Die Herren Mitglieder des Kriegshilfskomitees werden höflichst ersucht, an der Sitzung, die heute, Montag, um 6 Uhr abends im Gemeindepalast stattfindet, teilnehmen zu wollen.

Vorverkauf von Fahrkarten für die Lokalbahn Triest–Parenzo. Um den Reisenden das Anstellen während der Nachtstunden zu ersparen, hat das k. k. Bahnbetriebsamt Triest k. k. Stb. verfügt, daß von Montag, den 18. d. angefangen, alltäglich von 11 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags vor der Personenkasse die Fahrkarten für den am nächsten Tage abgehenden Zug 955 der Lokalbahn Triest–Parenzo ausgegeben werden. Der Fahrkartenvorverkauf erfolgt nur nach Maßgabe der vorhandenen Plätze. Reisedokumente sind mitzubringen.

Vom Roten Kreuz. Die Zentralstelle für Kriegskranken-Kur- und Bäder-Fürsorge der Oesterr. Gesellschaft vom Roten Kreuze, deren Wirkungskreis darin gelegen ist, heraus aus dem Kriegsdienste entlassenen, kur- und unterstützungsbedürftigen österreichischen Offizieren (Gleichgestellten, und Mannschaftspersonen des Heeres, der Marine (Landwehr, Landsturm) die Wohltaten eines Kur- und Badeaufenthaltes in österreichischen und deutschen Badeplätzen zu erwirken, hat im Beginn des [illegible] Saison am Anfange ihrer eigentlichen Tätigkeit [illegible] der vorläufig zur Verfügung stehenden ganzen [illegible] plätze eine beschränkte [illegible] anderseits aber jetzt noch [illegible] fügungen und Abkommen getroffen werden können, [illegible] dungen und Anfragen ehebaldigst an oben bezeichnete [illegible] stelle Wien, [illegible] Bez., Landstraßerhauptstraße [illegible] St. [illegible] zu richten.

Fischverkauf. Im Falle des Entlangens von Fi[illegible] den diese heute nachmittags zum Verkaufe gelangen. [illegible] rechtigt sind heute die Lebensmittelkarten von Nr. [illegible]

Literarisches.

Meine Flucht durch das mongolische Sandmeer. Das [illegible] Ullstein-Kriegsbuch. Verfaßt von k. u. k. Hauptmann Franz Wlad. Verlag Ullstein u. Co., Gesellschaft m. b. H., Wien, I. Bez., Rosenbursenstraße 8. Preis [illegible]

In einem glänzend geschriebenen Bericht schildert [illegible] Offizier seine Kriegserlebnisse. Wlad geriet während [illegible] schweren Kämpfe in Galizien im Herbst 1914 in [illegible] Gefangenschaft, kam in die sibirischen Gefangenenlager, [illegible] denen er mit mehreren Kameraden durch die mongolische Schnee- und Sandwüste nach China entfloh. Von [illegible] über Amerika weiterreisend, ist er in Gibraltar [illegible] Engländern festgenommen und nach England [illegible] worden. Nach Monaten neuer Gefangenschaft [illegible] ihm endlich, die Freiheit wieder zu erlangen.

Dieses Buch ist die erste derartige Veröffentlichung eines österreichisch-ungarischen Offiziers und reich an Abenteuern und Schilderungen der Völkerschaften, die [illegible] Wlad auf seiner Flucht durchquert hat.

Ausweis der Spenden.

Zu Handen des Präsidiums des hiesigen Frauenvereines vom Roten Kreuze für Triest und Istrien gelangten:

(Spenden bis inkl. 15. Februar 1918)

Für das Rote Kreuz:

[illegible] Eselstuten [illegible] 3 K. Ertrag [illegible] Kaufer [illegible] 5 Prozent des Reinertrages vom Kino „Novara" [illegible] Inhaber der Sammelbüchsen Nr. 51—100 14 K [illegible] h, Inhalt der Sammelbüchsen Nr. 101—150 98 K [illegible] h, 20 h; 2 Prozent vom Reinertrage des Kinos [illegible] am 11. d. M. 2 K; Spende der Frau Zivnost [illegible] 4 K, früherer Ausweis 3337 K 55 h. Gesamtbetrag 3779 [illegible]

Prothesenfond für Kriegsinvalide der Kriegsmarine:

Früherer Ausweis 909 K 70 h.

Dem Damenkomitee für Kriegsfürsorge in Pola zugekommene Spenden:

(Spenden bis inkl. 15. Februar 1918)

Für das zu errichtende Invalidenheim:

Sammlung des Herrn Virant 16 K 20 h. Hiezu [illegible] Ausweis 28698 K 17 h und Kriegsanleihe Nom. [illegible] K, samtbetrag 28714 K 37 h und Kriegsanleihe Nom. 200 K.

Für Witwen und Waisen nach Gefallenen der gesamten bewaffneten Macht:

5 Prozent des Reinertrages vom Kino „Novara" [illegible] Sammlung der Sanitäts-Mannschaft-Komp. Nr. 5 21 K [illegible] messe der k. u. k. Fest-Art.-Brigade Pola 28 K. Spende [illegible] hier zum Besuche erzielangten Damen 112 K.

Für Witwen und Waisen nach Gefallenen der k. u. k. Kriegsmarine:

Sammlung des „Polaer Tagblatt" 179 K 64 h; Hiezu S. M. Ch. „[illegible]" 10 K.

Für die im Felde Erblindeten:

Marineoberingenieur Navratil und Frau statt eines Kranzes für den verstorbenen Oberst-Marineartillerieingenieur A. Wilhelm 50 K; Sammlung des „Polaer Tagblatt" 2'2 K [illegible]

Für die allgemeine Kriegsfürsorge:

Sammlung des „Polaer Tagblatt" 138 K 96 h; Inhalt der Sammelbüchsen Nr. 51—100 15 K 36 h, Inhalt der Sammelbüchsen Nr. 101—150 98 K 58 h.

Hiezu der frühere Ausweis 106.016 K 36 h. Gesamtbetrag 106.960 K 10 h.

Die Doppelgängerin.

Roman von Erich Friesen.

57 (Nachdruck verboten.)

„Komm, mein liebes gutes Kind!"

Die bleiche Frau trat angstvoll näher.

Nichts bewegte sich dort auf dem Krankenlager. Alles still. Totenstill.

Der Arzt zog die geschlossenen Fenstervorhänge auseinander. Ein voller Sonnenstrahl traf das fahle, eingefallene Gesicht dort auf den weißen Kissen.

Beate zuckte zusammen.

War das Hans-Leopold? Ihr schöner, starker, jugendfrischer Hans-Leopold? Barmherzigkeit!

„To—t?"

Nur dies eine Wort entrang sich ihrer Brust; aber in ihr zitterte ihre ganze unermeßliche Qual nach.

„Noch nicht."

„Aber — er muß sterben?"

Der Arzt zuckte die Achseln. Und dieses Achselzucken sagte der armen Frau genug.

Lange und unverwandt blickte sie in das bewegungslose, fahle Gesicht. Dann beugte sie sich nieder und küßte die blassen Lippen, die geschlossenen Augen.

„Leb wohl, mein Einziggeliebter! Leb wohl!"

Ohne sich noch einmal umzusehen, verließ sie das Zimmer — den blonden Kopf tief auf die Brust geneigt, die Hände krampfhaft verschlungen, in ihrem langen schwarzen Gewande ein Bild starrer Verzweiflung.

Auf der Treppe begegnete sie Irmgard; ihre Lippen waren fest geschlossen, aber aus ihren Augen schoß ein Blitz tödlichen Hasses auf die vorbeischleichende bleiche Frau.

Da faßte auch Beate heißer Zorn gegen das Mädchen, das sie vom ersten Tage ihrer Ankunft an durchschaut und sie mit ihrem Haß und ihrer Verachtung verfolgt hatte. Nicht dachte sie in diesem Moment darum, daß Irmgards Verachtung berechtigt war; nur daran dachte sie, daß Irmgard ihr den Platz an Hans Leopolds Krankenlager genommen hatte.

„Bist du nun zufrieden?" raunte sie ihr leidenschaftlich durchbebt zu. „Du hast mich beiseite geschoben, hast dich zwischen mich und Hans-Leopold gedrängt —"

Irmgard antwortete nicht; nur noch fester preßten sich ihre Lippen aufeinander.

„O, ich weiß es wohl, weshalb du mich mit deinem Haß verfolgst!" rief Beate außer sich. „Du gönntest mir Hans-Leopold nicht — — denn du liebst ihn! — — Eifersucht sprach aus dir — erbärmliche, niedrige Eifersucht — —"

„Schweig!" stieß Irmgard in mühsam verhaltener Erregung hervor. „Was hast du überhaupt mit uns hier gemein? Du, eine Abenteurerin, eine —"

„Ich bin sein Weib!"

„Unter falschem Namen!"

„Er liebt mich!"

„Er liebte dich, weil er Beate v. R[illegible]low in dir sah! Sei froh, daß ich dich bis jetzt [illegible]! Um des Mannes willen da drinnen! Sobald ich [illegible] den letzten Liebesdienst erwiesen, sobald ich ihm die [illegible] zugedrückt habe, kommst du an die Reihe! Du, M[illegible]sjilewska!"

Ein Schauer lief der unglücklichen [illegible] den Rücken hinab.

Marja Wassilewska!!

Man wußte also alles. Ihr Spiel war aus. Die Vergeltung nahte. Barmherzigkeit!

Wie von Furien gehetzt, stürzte sie davon, auf ihr Zimmer.

Mit vor Erregung fast heiserer Stimme gebot sie ihrer Zofe, den Handkoffer zu packen.

Verblüfft starrte Minna ihre Herrin, die ihr einen ganz seltsamen Eindruck machte, an.

„Packen? Aber der gnädige Herr da unten —"

„Frag nichts! Rede nichts! Packe! Und dann fort, fort!"

Eine Stunde später, als Dunkelheit sich herabgesenkt hatte, schlichen Herrin und Dienerin durch die Hintertpforte zum Hause hinaus — auf leisen Sohlen, unbemerkt, wie zwei Diebe in der Nacht.

Als sie an dem verhangenen Fenster des Krankenzimmers vorbeikamen, hinter dem ein matter Lichtschein erschimmerte, blieb die größere der beiden dunklen Gestalten [illegible] Augenblick stehen und preßte die Hand ans Herz.

„Gut, d[illegible] [illegible]ne Eifersucht!" murmelten die zuckenden Lippen [illegible] sich hin. „Es hätte dich zu wehe getan!"

Noch ein letzter [illegible] nach dem Fenster, ein tiefer Seufzer, d[illegible] Stöhnen klang und Marja Wassilewska [illegible] sie jetzt wieder nennen müssen, wanderte hinein [illegible] dunkle Nacht [illegible] ein schuldbeladenes [illegible]ndes, müde gehetzte Weib.

(Fo[illegible])